

PRESSE-INFORMATION

EU-Pläne zur nachhaltigen Klassifizierung von Atomkraft und Gasenergie spalten deutsche Bevölkerung

Hamburg, 19. Januar 2022 – Der Vorschlag der EU-Kommission, Investitionen in Atom- und Gaskraftwerke unter bestimmten Umständen mit dem Argument des Klimaschutzes als nachhaltig einzustufen, wird nicht nur für die Ampelkoalition zur Belastungsprobe. Auch in der deutschen Bevölkerung zeigt sich ein recht gemischtes Meinungsbild von Unterstützung bis Ablehnung für die verschiedenen Facetten der EU-Pläne, wie eine Umfrage des Markt- und Meinungsforschungsinstituts Ipsos zeigt. Dabei antworten die Befragten je nach Parteipräferenz erwartungsgemäß unterschiedlich.

Keine eindeutige Haltung zum Vorschlag der EU-Kommission

Drei von zehn Befragten (29%) vertreten die Auffassung, dass sich der Bund dafür einsetzen sollte, dass weder Atomstrom noch Gaskraftwerke als nachhaltig eingestuft werden. Mehr als jeder Vierte (26%) ist dagegen der Meinung, dass die Ampelkoalition den Plänen Brüssels zustimmen sollte.

Etwa ebenso viele Befragte sind wiederum der Ansicht, dass nur eine der beiden Technologien, Kernkraft oder Erdgas, als nachhaltig klassifiziert werden sollte. 17 Prozent der Deutschen halten zwar die Einstufung von Erdgasanlagen als ‚grüne‘ Technologie für unproblematisch, sehen das beim Atomstrom aber kritisch. Weitere acht Prozent fänden es im Umkehrschluss richtig, wenn sich die Bundesregierung für Investitionen in Atomkraft einsetzen würde, aber nicht für Gasenergie. 14 Prozent der Deutschen würden es wiederum bevorzugen, wenn diese Frage nicht von der EU geregelt wird, sondern von den Mitgliedsstaaten selbst entschieden werden kann.

Dr. Johannes Kaiser, Politik- und Sozialforscher bei Ipsos in Deutschland, sieht in der polarisierten Meinung der deutschen Bevölkerung gleichzeitig ein Abbild der schwierigen Gemengelage innerhalb der Europäischen Union: »Auch dort haben sich verschiedene Lager zu diesem Thema gebildet. Auf der einen Seite steht Emanuel Macron, der die Unterstützung der Atomkraft als Rückenwind für den französischen Präsidentschaftswahlkampf nutzen möchte. Auf der anderen Seite befinden sich Länder wie Österreich, die sich vehement gegen die Atomkraft stemmen. Keines der Lager hat dabei jedoch die benötigte Zweidrittelmehrheit im Europäischen Rat, um den Vorschlag der EU-

PRESSE-INFORMATION

Kommission zu verändern. Die Bundesregierung hat angekündigt, sich bei der europäischen Abstimmung zu enthalten, vermutlich auch weil hierzulande keine klare Präferenz der Bevölkerung abzusehen ist. Trotzdem ist diese Frage ein Stresstest für die Regierung, da sich die Grünen nur schwer mit dem EU-Vorschlag arrangieren können.«

Grüner Widerstand, hohe Zustimmung bei Unions- und AfD-Anhängern

Nicht ohne Grund: Lediglich 6 Prozent der Grünen-Wählerschaft in Deutschland unterstützen das Vorhaben der EU und auch bei Wählern der Linken sind es nur 20 Prozent. Die größte Zustimmung für den Vorschlag der Kommission zu Atomkraft und Gas findet sich dagegen unter Anhängern der CSU (40%) und AfD (36%). Die Wählerschaft der CDU (25%), FDP (24%) und SPD (23%) befinden sich bei dieser Frage im Mittelfeld.

Folgerichtig stimmen Grünen- (56%) und Linken-Anhänger (49%) auch besonders häufig der Aussage zu, dass sich die Bundesregierung dafür einsetzen sollte, dass weder Erdgas- noch Atomanlagen als nachhaltig eingestuft werden. Befragte, die nach eigenen Angaben eher der CDU (21%), CSU (22%), FDP (23%) oder AfD (24%) nahestehen, stellen im Umkehrschluss vergleichsweise selten diese Forderung.

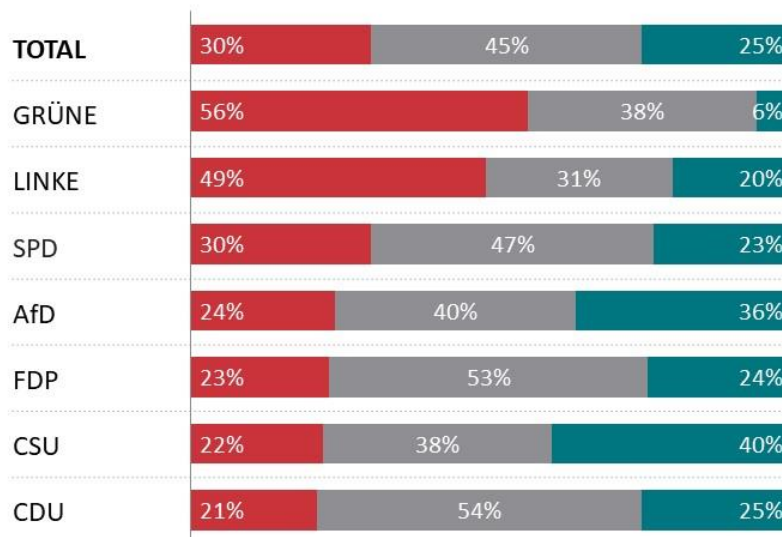
PRESSE-INFORMATION

Grüner Widerstand gegen EU-Pläne für Atom- und Gasenergie

Ipsos



Die EU-Kommission hat mit dem Argument des Klimaschutzes vorgeschlagen, Investitionen in Atomstrom und Gaskraftwerke als nachhaltig einzustufen. Wie sollte sich die deutsche Regierung zu diesem Vorschlag verhalten?



■ Ablehnung der EU-Pläne
■ Weder noch / Nur eine Technologie klassifizieren
■ Zustimmung für EU-Pläne

Quelle: Online-Befragung in Deutschland unter 1.000 Befragten im Alter von 16 bis 75 Jahren. Feldzeit: 06. Januar bis 09. Januar 2022.

GAME CHANGERS



Methode

Die Befragung wurde vom 06. Januar bis zum 09. Januar 2022 durchgeführt. Es wurden n = 1.000 Personen in Deutschland im Alter von 16 bis 75 Jahren online befragt. Die Daten wurden repräsentativ für die wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland nach Alter, Geschlecht, Bildung und Region gewichtet.

Kontakt:

Dr. Johannes Kaiser
Ipsos Politik- und Sozialforschung
johannes.kaiser@ipsos.com
Fon: +49 30 3030645 7250

Ipsos GmbH
Sachsenstraße 6
20097 Hamburg

Kontakt:
E-mail:
Phone:

Gudrun Witt,
Manager Communications
gudrun.witt@ipsos.com
+49 40 80096 4179

GAME CHANGERS



PRESSE-INFORMATION

Über Ipsos

Ipsos ist die Nummer 3 weltweit in der Marktforschungsbranche mit mehr als 18.000 Mitarbeiter*innen und starker Präsenz in 90 Ländern.

Unsere Forschungsexpert*innen, Analyst*innen und Wissenschaftler*innen verfügen über das breite Know-How von Multi-Spezialist*innen, das tiefe Insights in Handlungen, Meinungen und Motivationen von Bürger*innen, Konsument*innen, Patient*innen, Käufer*innen oder Mitarbeiter*innen ermöglicht. Wir haben die große Bandbreite unserer Lösungsansätze in 18 Service Lines zusammengefasst und unterstützen damit über 5.000 Kunden weltweit.

1975 in Paris gegründet, wird Ipsos bis heute von Forscher*innen geführt. In Deutschland sind wir mit ca. 600 Mitarbeiter*innen an fünf Standorten präsent: Hamburg, Berlin, Frankfurt, Nürnberg und München.

Ipsos ist seit dem 1. Juli 1999 an der Euronext in Paris notiert. Das Unternehmen ist Teil des SBF 120 und des Mid-60 Index und hat Anspruch auf den Deferred Settlement Service (SRD).

ISIN code FR0000073298, Reuters ISOS.PA, Bloomberg IPS:FP

www.ipsos.de | www.ipsos.com